

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 24.11.2015

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:20 Uhr

Sitzungspause: 20:20 – 20:30 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Anwesend:

SPD

Frau Brandtner

Herr Brücher

Frau Gorsler

Herr Pieplau

(bis 20.20 Uhr)

Herr Schmalen

CDU

Herr Copertino

Herr Hüsemann

Herr Jung

Frau Schellong

Herr Wasyliw

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Herr Koyun

Frau Dr. Ober

Vorsitzende

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Herr Buschmann

Frau Huber

Herr Winkelmann

Integrationsrat

FDP-Fraktion

Seniorenrat

Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Schulz

Frau Krutwage

Herr Müller
 Frau Streubühr

Herr Dr. Lücke

Herr Meyer
 Frau Rubel
 Frau Bueren

Frau Kleiner
 Herr Puls

Gäste:

Herr Korbmacher
 Herr Dr. Ferner
 Herr Krain
 Herr Dr. von Schönfeld

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
 Dezernat 3
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention
 Amt für Schule
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt
 Amt für Verkehr
 Amt für Verkehr
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention
 Stab Dezernat 3
 Stab Dezernat 5

AGW
 CVUA OWL
 moBiel
 Ev. Krankenhaus Bielefeld

Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie weist darauf hin, dass zu TOP 11 noch zwei Beschlussvorlagen als Tischvorlagen verteilt worden seien. Die Vorlagen Drucks.-Nr. 2323/2014-2020 und 2424/2014-2020 werden als TOP 11.2 bzw. 11.3 in die Tagesordnung aufgenommen. Weitere Änderungen gibt es nicht.

Zu Punkt 1**Verpflichtung von Herrn Friedhelm Bolte, als neues stimmberechtigtes Mitglied der BfB-Fraktion**

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt Herrn Bolte als neues stimmberechtigtes Mitglied der BfB-Fraktion und verpflichtet ihn nach folgender Formel mit Handschlag:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Zu Punkt 2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 9. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.10.2015****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.10.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3**Mitteilungen****Zu Punkt 3.1****geänderte Sitzungstermine 2016**

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung. Drei Sitzungstermine seien durch die Haushaltsplanberatungen bzw. wegen Überschneidungen mit Sitzungen anderer Ausschüsse

geändert worden.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Landesprogramm "Entwicklung altengerechte Quartiere in NRW", Projekt Brackwede altengerecht"

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über das Landesprogramm und dessen Ziele (**Anlage 1**).

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Hinweise auf Flyer und Broschüren

Auf Wunsch von Herrn Winkelmann weist Vorsitzende Frau Dr. Ober auf einen Flyer des Beirates für Behindertenfragen hin. In diesem Flyer habe der Beirat „Wissenswertes für Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung ausbilden oder beschäftigen wollen“ zusammengestellt. Der Flyer ist in der Fachstelle „Behinderte Menschen im Beruf“ der Stadt Bielefeld bzw. unter folgendem Link http://www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/zdjsw/zdbup/bmib.html erhältlich (**Anlage 2**).

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf die Broschüre „Menschenskind“, einem Bielefelder Wegweiser für Eltern-Selbsthilfegruppen, der Selbsthilfe-Kontaktstelle Bielefeld. Druckexemplare liegen aus.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

**Zu Punkt 4.1 Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU) in tatsächlicher Höhe (ab sofort)
(Anfrage der Fraktion Die Linke vom 17.11.2015)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 2414/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort des Dezernates 5 (**Anlage 3**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 4.2 Unterhaltsvorschuss und Unterhaltsheranziehung
(Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.11.2015)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2419/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort des Dezernates 5 (**Anlage 4**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6

Jahresbericht 2014 des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes OWL

Herr Dr. Ferner informiert über die Organisation des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes OWL und berichtet über Untersuchungsergebnisse, neue Untersuchungstechniken und Schwerpunkte der Prüfungen (**Anlage 5**).

Fragen von Vorsitzende Frau Dr. Ober werden von ihm beantwortet. Druckexemplare des Jahresberichtes 2014 liegen aus.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Lebensmittelüberwachung in der Stadt Bielefeld, neue Aufgaben und Projekte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2363/2014-2020

Herr Dr. Lücke erläutert die Tätigkeiten und beispielhaft die Prüfergebnisse der Lebensmittelüberwachung und informiert über neue Aufgaben und Projekte (**Anlage 6**).

Fragen von Herrn Hood und Frau Gorsler werden beantwortet. Auf Nachfrage von Herrn Winkelmann erläutert Herr Dr. Lücke die Voraussetzungen für eine Ausbildung zum Lebensmittelkontrolleur. Er macht deutlich, dass für eine Ausbildung sehr hohe Anforderungen erfüllt sein müssen. Die Möglichkeit einer theoriereduzierten Ausbildung sehe er nicht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8 Sozialticket

Zu Punkt 8.1 Evaluation des Sozialtickets

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2278/2014-2020

Über die Vorlage hinaus teilt Frau Rubel mit, dass die Richtlinien zum Sozialticket zwischenzeitlich bis Ende 2017 verlängert worden seien. Im November lagen die Abnahmezahlen bei 9850.

Die Evaluation mache deutlich, dass das Sozialticket landesweit und speziell auch für Bielefeld ein Erfolgsmodell sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8.2 Sozialticket

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2313/2014-2020

Herr Meyer erläutert den Beschlussvorschlag und die Modellvarianten aus Anlage 1 der Vorlage, die unter Berücksichtigung der vorgegebenen Rahmenbedingungen, von der Verwaltung erarbeitet worden seien.

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf das Schreiben des Bündnisses für ein Sozialticket vom 01.10.2015 und die Pressemitteilung des Bündnisses vom 24.11.2015, die den Mitgliedern per Mail zugesandt worden sind.

Herr Krain legt die Gründe für ein Sozialticket, ausschließlich als 9-Uhr-Abo auszugeben, dar. Bei dieser Variante habe moBiel in einer nicht so hochfrequentierten Zeit die Möglichkeit, Einkünfte zu erzielen und würde demgegenüber die Anzahl der bezuschussten Sozialtickets von 8200 auf 3900 Tickets senken und ein preislich attraktives Ticket anbieten. Er weist nochmals darauf hin, dass Mehreinnahmen durch die Einführung des Sozialtickets bei moBiel nicht dargestellt werden können.

Vorsitzender Frau Dr. Ober, Frau Bußmann, Herr Hood, Herr Gugat, Herr Buschmann, Frau Gorsler, Herr Bolte und Herr Copertino diskutieren kritisch mit Herrn Krain über die vorgestellte Ticketvariante. Sie bewerten den Vorschlag u. a. als Benachteiligung von bestimmten Personengruppen (z. B. Aufstocker, Mütter mit Kindern) und als Verstoß gegen die Teilhabegerechtigkeit. Entscheidend für ein Sozialticket sei der Bedarf der Fahrgäste; nicht die freie Fahrgastkapazität von moBiel. Auf Nachfrage teilt Herr Meyer mit, dass der Preisgestaltung eine Kalkulation zugrunde liege, die auch zur Verfügung gestellt werden könne. Die Kontingentierung bewirke, dass moBiel bis zur Abnahme von 8200 Tickets einen Zuschuss erhalte und alle darüber hinaus abgenommenen Tickets würden von moBiel alleine finanziert.

Die Anwesenden sind einig darüber, dass die Ticketvariante im Beschlussvorschlag nicht tragbar sei.

Herr Hood stellt daraufhin folgenden Änderungsantrag:

„Das Sozialticket wird ab 01.01.2016 entsprechend des Modells 1 der Anlage 1 fortgeführt. Der Beschlussvorschlag unter Ziffer 1 und 2 soll demgemäß angepasst werden.“

Die Anwesenden unterstützen den Änderungsantrag und fassen daher folgenden, vom Beschlussvorschlag abweichenden,

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates moBiel beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss:

1. **Ab 01.01.2016 wird das Sozialticket weiterhin in zwei Varianten -als Sechser-Abo und 9-Uhr-Abo- gemäß Modell 1 der Anlage angeboten. Das Ticket kostet 42,20 € als Sechser-Abo und 32,20 € als 9-Uhr-Abo, die Differenz zum jeweiligen Referenzticket wird durch Zuschüsse an moBiel ausgeglichen, allerdings nur für bis zu 8.200 Stück (4.600 Sechser-Abo, 3.600 9-Uhr-Abo) pro Monat.**
2. **Falls die Stadt Bielefeld für 2016 aufgrund Erhöhung der Landesmittel mehr Fördergelder erhält, wird der Preis reduziert, sobald eine verbindliche Mitteilung über die Förderhöhe vorliegt.**
3. **In Zukunft wird bei jeder Allgemeinen Tarifierhöhung, von der die Referenztickets betroffen sind, auch der Sozialticketpreis entsprechend erhöht. Damit wird sichergestellt, dass der Zuschuss je Ticket sich nicht verändert und somit die zur Verfügung stehenden Mittel auskömmlich bleiben.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

8. Änderungssatzung für die Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld vom 10.03.1997

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2156/2014-2020

Frau Streubühr erläutert die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage.

Beschluss:

Die 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld wird nach Vorlage (Anlage 2) beschlossen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Pflegebericht 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2379/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die vorgelegte Pflegestatistik auf Zahlen der statistischen Ämter des Bundes und des Landes beruhe und daher nur sehr zeitverzögert präsentiert werden könne.

Frau Bueren erläutert die vorliegenden Ergebnisse der Pflegestatistik 2013 (**Anlage 7**). Fragen von Herrn Jung und Herrn Hood werden beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 Flüchtlingssituation in Bielefeld

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass derzeit im Durchschnitt etwa 1000 bis 1200 Personen pro Nacht in der Erstaufnahmeeinrichtung, der Böllhoff-Halle und der ZUE Oldentruper Hof sind, was auch gut bewältigt werden könne. Die Abläufe im Oldentruper Hof würden immer besser, so dass er sich mehr und mehr als echte Zentralen Unterbringungseinrichtung entwickle. Auch die Weiterleitung der Flüchtlinge von dort funktioniere sehr gut. Zurzeit bestehe dort eine Verweildauer von ca. 3 Wochen.

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert darüber, dass bisher 2600 Menschen zugewiesen worden seien. Bis Ende 2015 würde noch mit der Zuweisung von 700 – 800 Menschen gerechnet. Die Unterkunft „Zedernstraße“ sei mit 550 Personen voll belegt. Bei der Unterbringung gelange man kurzfristig an die Kapazitätsgrenze. Es sei sehr wahrscheinlich, dass in der nahen Zukunft Gewerbeimmobilien, Sporthallen und Bürogebäude für die Unterbringung in Anspruch genommen werden müssten. Er kündigt an, dass dem Rat zeitnah städtische Grundstücke für eine Wohnbebauung benannt würden. Beigeordneter Herr Nürnberger bittet die anwesenden Ratsmitglieder hierbei um deren Unterstützung.

-.-

Zu Punkt 11.1 Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass nach einer gesetzlichen Änderung die Entscheidung über die Einführung einer Gesundheitskarte vom Land getroffen werde. Auf Bundesebene werde eine Rahmenvereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der Krankenkassen und den kommunalen Verbänden erarbeitet. Er erhoffe sich eine bessere Verhandlungsbasis für die Rahmenvereinbarung auf Landesebene.

Unabhängig davon seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, durch die große Zahl an zugewiesenen Flüchtlingen, zeitlich sehr hoch beansprucht. Die Einführung einer Gesundheitskarte in Bielefeld könne zurzeit auch zeitlich nicht umgesetzt werden.

Herr Hood bittet die Verwaltung, die Einführung einer Gesundheitskarte im Blick zu behalten und die sich ergebenden Möglichkeiten zu betrachten.

-.-

Zu Punkt 11.2 Finanzierung des zusätzlichen Einsatzes von Schulsozialarbeit in Schulen mit Internationalen Klassen (Auffang- und Vorbereitungsklassen gem. RdErl. des MSW vom 21.12.2009, BASS 13-63 Nr. 3)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2323/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die als Tischvorlage verteilte Beschlussvorlage (**Anlage 8**).

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Er bittet um Verständnis für die kurzfristig vorgelegte Beschlussvorlage. Es sei beabsichtigt, zum 2. Schulhalbjahr mit der Schulsozialarbeit im vorgeschlagenen Umfang zu beginnen, dafür werde ein positiver Ratsbeschluss noch in 2015 benötigt.

Auf Fragen von Herrn Hood, Herrn Jung und Frau Adilovic führen Beigeordneter Herr Nürnberger und Herr Müller aus, dass vermutlich die bereits vor Ort tätigen Kooperationspartner der Schulsozialarbeit an der berufsbildenden Schule damit beauftragt würden. Aufgrund des nur geringen Stellenanteils von 0,2 Stellen, sei eine Stundenaufstockung beim vorhandenen Personal eine sinnvolle Lösung.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst, vorbehaltlich der Beschlussfassungen der Fachausschüsse, folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Arbeit der internationalen

Klassen (IK) in den Grund- und Sek.-I-Schulen und an den Berufskollegs durch Schulsozialarbeit zu unterstützen und dafür Leistungsverträge mit Jugendhilfeträgern oder anderen gemeinnützigen Organisationen abzuschließen bzw. für die Schulsozialarbeit an den Berufskollegs an die REGE mbH zu übertragen. Es gilt ein Personalschlüssel von 0,2 Stelle je internationaler Klasse. Die Leistungsverträge sind auf drei Jahre zu befristen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11.3 **Umsetzungsschritte im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2424/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger führt detailliert in den Inhalt der Vorlage ein (**Anlage 9**). Auch bei dieser Vorlage bittet er um Verständnis für die Kurzfristigkeit. Die Verwaltung habe, seit der Vorstellung des Konzeptes im Hauptausschuss vor drei Wochen, mit Nachdruck an der Beschlussvorlage gearbeitet. Die Ergebnisse der Fachgruppen von „Bielefeld integriert“ seien bei der Konzepterarbeitung berücksichtigt worden.

Nach einer eingehenden Diskussion teilt Herr Copertino mit, dass nach einem fraktionsübergreifenden Gespräch, Einigkeit darüber bestehe, dass der Beschlussvorschlag in der Formulierung nicht konkret genug sei.

Herr Copertino schlägt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, über die Konkretisierung der Inhalte und Maßnahmen und deren Umsetzung die Fachausschüsse zu informieren und ihnen zur Entscheidung vorzulegen.“

Frau Gorsler begrüßt die Ergänzung von Herrn Copertino. Herr Korbmacher erklärt für die AGW, das noch keine konkreten Projekte im Blick wären, da sich derzeit viel verändere. Ehrenamtliche entwickelten sehr gute eigene Projekte, die für eine dauerhafte Umsetzung langfristig auch mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden müssten. Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass zum Thema Quartierskoordinierung eine separate Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt im SGA vorgestellt werde. Herr Buschmann schlägt vor, die zu bewilligenden Finanzmitteln für gegenseitig deckungsfähig zu erklären, damit eine höchstmögliche Flexibilität für die Finanzausstattung der zukünftigen Projekte erhalten bleibe.

Unter Berücksichtigung des Ergänzungsvorschlags fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

1. **Für die Durchführung der sog. Brückenprojekte im Jahr 2016 werden kommunale Mittel i. H. v. 300.000 € bereitgestellt.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, in Kindertageseinrichtungen mit einer höheren Anzahl an geflüchteten Kindern geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung einer auf deren Bedarfe ausgerichteten Sprachförderung zu ergreifen. Hierfür werden jeweils 100.000 € für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 zur Verfügung gestellt.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, ihre**

Kindergartenbedarfsplanung an die veränderten Bedingungen anzupassen. In einem ersten Schritt sind in 2016 zusätzliche Gruppenplätze zu nutzen und für 2017 die Schaffung von ca. 180 neuen Kita-Plätzen vorzusehen. Die dafür benötigten Mittel von 200.000 € für 2016 und jährlich 1,0 Mio. € ab 2017 werden bereitgestellt.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, in Stadtteilen mit einem hohen Anteil von geflüchteten Menschen an der Bevölkerung geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung in den Regelangeboten der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Begegnungszentren zu ergreifen. Hierfür werden jeweils 400.000 € für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 zur Verfügung gestellt.

(Ziffer 1 -4 vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses)

- einstimmig beschlossen -

5. Für die Durchführung von Projekten zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration der geflüchteten Menschen sowie zur Stärkung der Integrationsfähigkeit der Nachbarschaften in den Bereichen Freizeit, Sport, Kultur, non-formale Bildungsprojekte und Selbstorganisation werden kommunale Mittel i. H. v. bis zu 200.000 € bereitgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Richtlinien-Entwurf für die Vergabe der Projektmittel zu erarbeiten.
6. Die REGE mbH wird beauftragt, 30 Personen (60 Personen in der Gesamtlaufzeit von 2 Jahren) mit Fluchterfahrung, die momentan Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen, als „Integrationslotsen“ einzustellen. Die jährlichen Mittel i. H. v. 360.000 € werden über eine Erhöhung des Verlustausgleiches zur Verfügung gestellt.

(Ziffer 5 und 6 für die Jahre 2016 und 2017)

7. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Konkretisierung der Inhalte und Maßnahmen und deren Umsetzung die Fachausschüsse zu informieren und ihnen zur Entscheidung vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12

Zielplanungsprozess 2015 im Dezernat 5-Soziales,
hier: Zielmatrix-Berichterstattung zum 2. Tertial

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2115/2014-2020

In Anlehnung an die Forderung im JHA, bittet Herr Copertino die Verwaltung, auch für den SGA zukünftig Maßnahmen mit finanziellen Mitteln zu versehen, soweit dies möglich sei.

Ohne Aussprache nimmt der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Dr. Ober stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Ober
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)